



VAdM-Kurier

32. Ausgabe: März 2022

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
32. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im März 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Zentrum der deutsch-evangelischen Gemeinden in Odessa	Seite 2
Deutsche Minderheit in der Ukraine schützen und fördern von der Leyen und ihre Pfizer-SMS –Affäre „Hat der Westen das Vertrauen verspielt?“	Seite 3 Seite 4 Seite 4
<i>Schwerpunktthema: Ukraine</i>	
Das polnisch-russische Verhältnis nach 1648	Seite 7
Die Sowjetunion und das nationale Selbstbestimmungsrecht Mit heißer Nadel gestrickt: Das Budapester Memorandum	Seite 8 Seite 9
Rußland und der Westen im Kaukasus und Zentralasien	Seite 10
Rußland und die NATO Anfang des 21. Jahrhunderts	Seite 13
Neues aus dem Osten	Seite 14
Die deutsche Volksgruppe aus der Ukraine	Seite 14
Literatur: Kremlherrscher und Kanzlerfreund	Seite 15
Reiseziel/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite 16

editorial

Der Krieg um die Ukraine geht in die vierte Woche, und ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen. Mit jedem Tag steigen die Opferzahlen auf beiden Seiten; die Flüchtlingsströme nehmen zwischenzeitlich fast schon so apokalyptische Ausmaße wie die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und Südosten Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs an.

Vor dem jetzigen Krieg lebten noch annähernd 33 000 deutschstämmige Bürger in der Ukraine; die Zahl der russischen Staatsangehörigen mit deutschen Vorfahren wird auf eine halbe Million geschätzt, verlässliche Zahlen gibt es dazu allerdings nicht.

In dieser verworrenen Situation dieser ukrainischen, aber auch der russischen Staatsbürger mit deutschen Vorfahren, die teils mehrfach innerhalb Rußlands umgesiedelt wurden, ist, wie die aller Bürger derzeit unerträglich: Allen Ausreisewilligen müßte sofort und *unbürokratisch* der Spätaussiedlerstatus gewährt werden.

Die Abwicklung der Einreise allen Ausreisewilligen mit deutschen Vorfahren sollte *in* der Bundesrepublik selbst erfolgen und nicht mehr im Herkunftsland; dies müßte zudem dem betroffenen Personenkreis vor Ort umgehend kommuniziert werden.

Vadim Derksen

Herbert Karl



Das Photo aus dem Sommer 1998 (Privatbesitz) zeigt noch die von deutschen Truppen im Dezember 1944 zerstörte Donaubrücke bei Gran (Esztergom), die sinnigerweise wegen tschechoslowakisch-ungarischen Befindlichkeiten auch während des Kommunismus erst Oktober 2001 wieder aufgebaut und eröffnet werden konnte.

Die Preußische Allgemeine Zeitung berichtete am 6.03.2022:

Ukraine:

„Ihr Zentrum ist St. Paul in Odessa

In 15 deutschen, evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden leben rund 2000 bis 3000 Mitglieder

Bodo Bost

Hinweis: Dieser Beitrag ist vor dem Kriegsausbruch am 24. Februar verfasst worden. Er beschreibt also die Ausgangslage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.

Ende Januar richtete der Bischof der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine (DELKU), Pawlo Schwarz, einen dramatischen Appell an seine zwei- bis dreitausend Kirchenmitglieder in 15 Kirchengemeinden in der Ukraine: „Unser Land ist seit 2014 Opfer russischer Aggression, unsere Gemeinden auf der Krim wurden von der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine abgeschnitten.

Die Gemeinden in Donezk und Makeevka leben unter schwierigsten Bedingungen, ein großer Teil ihrer Mitglieder hat den Donbass verlassen. In den besetzten Gebieten Krim und Donbass sowie an der russisch-ukrainischen und weißrussisch-ukrainischen Grenze konzentrieren sich die Angriffsgruppen der russischen Armee. Millionen von Menschen werden möglicherweise angegriffen.“

Schon ab dem Aufstieg Kiews zur Hauptstadt der Rus 882 und der von Kiew ausgehenden Christianisierung der Rus ab 988 gab es teilweise enge Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, zunächst vor allem zu Bayern. Später waren es primär Norddeutsche und Ostpreußen, die sich in der Ukraine engagierten. Unvergessen sind der aus Königsberg stammende zweite Rektor der Kiewer Akademie Innozenz Giesel (1600–1683), der 1647 auch Archimandrit des Kiewer Höhlenklosters wurde, und der Stadtarchitekt Kiews, der aus Wandsbek bei Hamburg stammende Architekt Gottfried Johann Schädel (1680–1752), dessen Bauten bis heute das Stadtbild Kiews prägen.

Im 18. und 19. Jahrhundert beeinflussten vor allem Baltendeutsche das russische Kiew. Der deutsche Militärarzt Christoph Casimir Lerche bekämpfte 1770/71 erfolgreich die Pest in Kiew; die erste private Apotheke wurde von dem Baltendeutschen Georg F. Bunge errichtet, der zum Begründer einer bekannten Kiewer Familiendynastie wurde.

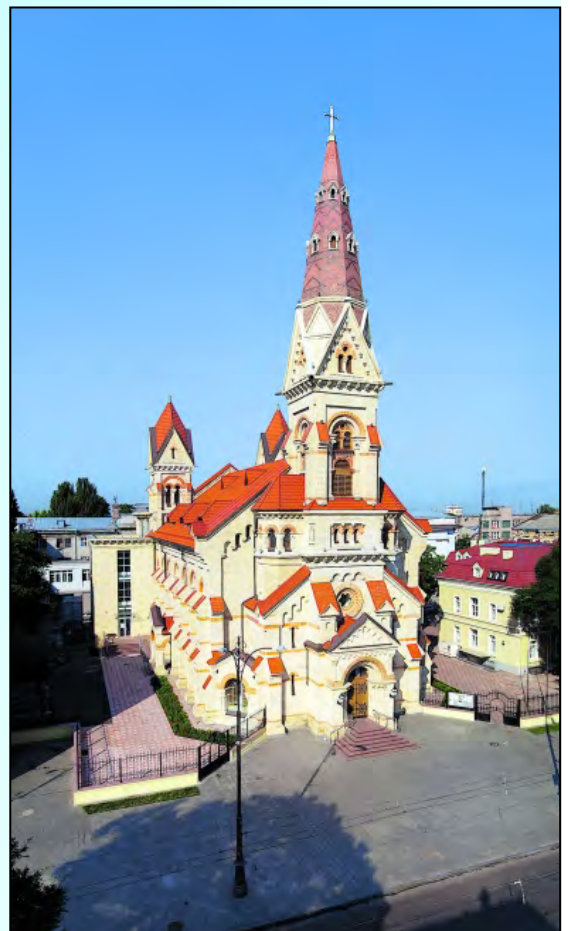
Nach Angaben der gesamtukrainischen Volkszählung 2001 leben in der Ukraine über 33.000 ethnische Deutsche. Mehr als 170 deutsche gesellschaftliche Organisationen sind aktiv. 1931 lebten noch 700.000 Deutsche in 252 Siedlungen und Städten und sieben deutschen Landkreisen in der Ukraine. Diese wurden schon vor dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst. 1941 beziehungsweise 1945 wurden fast alle Deutschen aus der Ukraine nach Zentralasien deportiert. Erst ab 1972 durften einzelne in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Bis 1991 sind etwa 38.000 Deutsche in die Ukraine zurückgekehrt, vor allem in das Gebiet Odessa, wo die Siedlungen Peterstal und Alexanderhilf für sie neu aufgebaut wurden.

Auch einige neue evangelische Kirchen sind entstanden, und einige Dörfer haben ihre deutschen Namen zurückerhalten. Nachdem ab 2015 die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche der Ukraine von einer Spaltung bedroht war, kam ab 2019 wieder Ruhe in die Kirche mit der Wahl von Bischof Schwarz, der seit letztem Jahr auch wieder in Odessa residiert.

Um die 170 Organisationen

Der Rat der Deutschen der Ukraine (RDU) ist das Hauptkoordinierungsorgan der Ukrainedeutschen. In mehr als 60 ukrainischen Städten und Dörfern befinden sich deutsche Kulturzentren, sogenannte Begegnungszentren, in denen die deutsche Sprache und Geschichte unterrichtet wird. Das Kulturleben blüht, insgesamt gibt es in der Ukraine 23 deutsche Vokalensembles, ein Dutzend deutsche Tanzgruppen und ein halbes Dutzend deutsche Theatergruppen.

Fortsetzung auf S. 3



Fortsetzung von S. 2

Der Vorsitzende des Rates der Deutschen der Ukraine ist Wolodymyr Leysle. Er selbst ist in Riga geboren, in Kasachstan aufgewachsen und hat viele Jahre in der Krimhauptstadt Simferopol gelebt. Er hat in einem Interview mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Kasachstan vor Panikmache gewarnt und erklärt, dass die Ukrainer schon seit 2014 mit täglichen Verlustmeldungen leben.

Das Zentrum der DELKU ist die Paulskirche in Odessa, die nach fast zwanzigjähriger Renovierung den Ukrainedeutschen 2010 wieder zurückgegeben wurde. Auch die Katharinenkirche im Zentrum Kiews erhielt die deutsche Gemeinde nach zehnjährigem Kampf im Jahre 2000 zurück. Seit September 2008 gibt es auch wieder eine Deutsche Schule in Kiew. Die deutschen Sprachkenntnisse waren bei fast allen Ukrainedeutschen 1989 fast vollkommen verschwunden.

Nur in zwei deutsch-böhmischen beziehungsweise fränkischen Sprachinseln der Karpatoukraine im Tereschwa- beziehungsweise Mokratal sowie Schenborn und Pausching bei Munkatsch, die in der Zwischenkriegszeit noch zur Tschechoslowakei gehörten, war die deutsche Sprache nie erloschen. Es sind die einzigen noch geschlossenen ländlichen, deutschen Siedlungen in der Ukraine.

Die vorwiegend katholischen Dörfer waren auch die einzigen deutschen Siedlungen im europäischen Teil der Sowjetunion, die von den Deportationen der Stalinzeit verschont blieben, weil der Partisanenkrieg der ukrainischen Nationalisten nach 1945 die Kommunikationswege der damals sowjetischen Ukraine bis weit in die 1950er Jahre unterbrochen hatte.

<https://paz.de/artikel/ihr-zentrum-ist-st-paul-in-odessa-a6418.html>

3. März 2022

+++Pressemitteilung+++

Joachim Paul: Deutsche Minderheit in der Ukraine schützen und fördern!

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ist es von besonderer Wichtigkeit, die Aufmerksamkeit auch auf die deutsche Minderheit innerhalb des Landes und deren derzeitige Situation zu lenken. Heute leben noch mehr als 30.000 ethnische Deutsche in der Ukraine, welche sich im Laufe der Zeit in fast allen Regionen des Landes niederließen. Etwa dreitausend von ihnen leben in den Städten und Dörfern der Transkarpaten im Westen des Landes, in welchen sich die Deutschen vor allem im Zuge von Umsiedlungsbewegungen im 14. sowie im 18. Jahrhundert ansiedelten. Hier sind die Bräuche, die lokalen Sprachdialekte und die Kultur Deutschlands bis heute am besten erhalten, da die hier lebenden ethnischen Deutschen viel Wert darauf legen, die Traditionen und die Geschichte des deutschen Volkes zu bewahren. Gleichzeitig ist es den Karpatendeutschen jedoch auch wichtig, Teil der Ukraine zu sein und Deutsch wie Ukrainisch zu sprechen. Das Bewahren von Traditionen und Sprache führt im Falle der Karpatendeutschen also nicht zu einer Isolation oder der Bildung von Parallelgesellschaften. Stattdessen vereinen sie die kulturellen Bräuche ihrer ethnischen Vorfahren mit den Gepflogenheiten ihrer ukrainischen Heimat. Die Bundesregierung hat ihnen jüngst die beschleunigte Aussiedlung in die Bundesrepublik angeboten. Bislang besteht aber von Seiten der Karpatendeutschen offenkundig keine Absicht, dieses Angebot anzunehmen, so der Honorarkonsul der Bundesrepublik in der Ukraine. Vielmehr betrachten diese sich als Teil des Landes und als Staatsbürger, die dem Schicksal der Ukraine verpflichtet sind.

Joachim Paul, Mitglied des AfD-Bundesvorstandes, erklärt:

„Immerhin ist sich die Bundesregierung bewusst, dass mit dem Krieg in der Ukraine auch die Situation unserer Landsleute gut beobachtet und gegebenenfalls neu bewertet werden muss – auch langfristige Entwicklungen müssen dabei durchgespielt werden. Die Bundesregierung könnte jetzt deutlich mehr machen, als Angebote zu unterbreiten, die auch auf die Aufgabe der Heimat und den Verlust kultureller Wurzeln hinauslaufen könnten. Vielmehr sollte sie sich zugleich auf internationaler Ebene für unsere Landsleute einsetzen und Sicherheitsgarantien einfordern – idealerweise zusammen mit den EU-Staaten, deren Landsleute auch zu den nationalen Minderheiten der Ukraine gehören, wie beispielsweise Griechenland oder Ungarn. Des Weiteren fordere ich die Medien auf, sich bei der Berichterstattung auch dieser Frage einmal anzunehmen. Dieser Krieg muss Anlass sein, die deutschen Minderheiten in Ost- und Mitteleuropa viel stärker zu fördern und ihr Schicksal in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen.“

Unser Grundgesetz ist unser aller Schatz. Und unser aller Verantwortung.

<https://www.gemeinsam-fuer-das-grundgesetz.de/>

Feige: Ursula von der Leyen schwänzt Debatte um ihre Pfizer-SMS-Affäre

Die Affäre um Ursula von der Leyens Verhandlungen mit Pfizer über die Bestellung von Corona-Impfstoffen per SMS sowie die Löschung und Verheimlichung vor der Öffentlichkeit dieser Korrespondenz und der abgeschlossenen Verträge ist ein maximaler Skandal.

Die EU-Bürgerbeauftragte rügte bereits das Verhalten von Frau von der Leyen und verlangte offiziell Aufklärung.

Auf Druck der AfD kam dieser Skandal nun auf die Tagesordnung des EU-Parlaments.

Doch Skandal und Verheimlichung durch Frau von der Leyen gehen weiter, wie schon damals in Berlin.

Zunächst versuchten die Parteifreunde von der Leyens im EU-Parlament, die Debatte unter einem unscheinbaren Titel am Abreisetag aus Straßburg zu vertuschen. Dann verweigerte sich die Kommissionpräsidentin der Debatte durch Abwesenheit.

Sie schickte eine Stellvertreterin vor. Die erwähnte in ihrer Worthülsensalve beiläufig, dass sie die Fragen der EU-Bürgerbeauftragten zu dieser SMS-Affäre in voraussichtlich frühestens sechs Wochen beantworten werde. Wieder eine Frechheit.

Joachim Kuhs kommentiert dazu: „Bereits in Berlin hatte Ursula von der Leyen Probleme mit den üblichen Transparenzstandards. In Brüssel bezeichnete sie die Transparenzanforderungen an die EU-Kommission als besonders wichtig. Doch sie hält sich nicht daran und sie verachtet das EU-Parlament trotz gegenteiliger medienwirksamer Behauptungen. Ihr Verhalten beweist das Gegenteil. Wir fordern die Kommissionpräsidentin dringend dazu auf, ihr Verhalten den von ihr selbst an andere gestellten hohen Transparenzstandards der EU anzupassen. Es kann nicht sein, dass sie diese durch den Gebrauch von SMS oder WhatsApp zu umgehen sucht.“



„«Hat der Westen das Vertrauen verspielt?»

Durch Entspannung und Abrüstung kann das Verhältnis der Grossmächte verbessert werden

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger Uno-Mandatsträger
Zeitgeschehen im Fokus Was kann man von dem Treffen in Genf zwischen hochrangigen Vertretern Russlands und der USA erwarten?

Prof. Dr. Alfred de Zayas Es ist wichtig, dass die politisch Verantwortlichen direkt miteinander sprechen und nicht nur offizielle Verlautbarungen von sich geben. Darum sind der UNO-Sicherheitsrat und der UNO-Menschenrechtsrat wichtig, denn dort werden Wahrheiten angesprochen, die eben auf den Tisch kommen müssen. Es ist dann unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die richtigen Prioritäten im UNO-Sicherheitsrat und beim Treffen zwischen Biden und Putin gesetzt werden. Die Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 3. Januar 2022 über die Nicht-Zulässigkeit der Verwendung von Nuklearwaffen ist besonders aktuell. Die fünf ständigen Mitglieder haben nämlich anerkannt, dass «a nuclear war cannot be won and must never be fought»; ferner wollen sie den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken.

Was sollte bei diesem Treffen oberste Priorität haben?

Hauptanliegen muss der Frieden sein, die Entspannung zu fördern, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, Kriegspropaganda zu bannen, um eben eine Abrüstungspolitik umzusetzen. Es geht hier – wie überall – um richtige Informationen und eine rationale Diskussion darüber, was auch den guten Willen bzw. «bona fide» beider Seiten verlangt. Wir schwimmen aber in einem Ozean von Desinformation und Machiavellismen.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Wie sind die Forderungen Putins an die USA und die Nato zu bewerten?

Ich bewerte sie als positiv und notwendig. Es ist vor allem deshalb wichtig, dass Putins Vorschläge nun publik sind, denn auf diese Weise werden die «Narrative Managers» des US-State Departments und der westlichen Medien Putins Vorschläge nicht verfälschen oder nur selektiv wiedergeben können. Und auch wenn die Katze aus dem Sack ist, werden die Medien versuchen, die Katze in verschiedenen Farben zu bemalen. Putins Forderungen sind durchaus legitim. Aber die grosse Politik ist selten ausgewogen. Man spricht nicht immer dieselbe Sprache. «Demokratie» bedeutet nicht dasselbe in Washington, Jerusalem, Kairo, Moskau, Teheran oder Peking.

Ist es richtig von Putin, auf ein Ende der Nato-Erweiterung zu bestehen?

Absolut – und das hätte die russische Regierung bereits in den 90er Jahren verlangen müssen. In Moskau sass aber ein korrupter Mann, Boris Jelzin, den sich wie eine betrunkene Marionette der USA verhielt. Der Schaden, den Jelzin Russland brachte, war kolossal, aber die westlichen Medien malen weiterhin ein positives Porträt von diesem Verräter am eigenen Volk.

Putin möchte einen Rückzug der US-Atomwaffen aus Europa. Das wäre doch ein sinnvoller Schritt in Richtung Frieden?

Ja, gewiss, aber weder die Amerikaner noch die Briten, noch die Franzosen sind geistig dort. Unsere Rüstungsindustrie braucht einen Feind – und das ist die Rolle, die Russland zukommt. Wir im Westen leben in unserer eigenen Propaganda, und wir sind insofern gelähmt, weil wir uns von unseren eigenen Vorurteilen nicht allzu leicht befreien können. NATO-Chef Stoltenberg ist genauso ein Kriegstreiber, Manipulator und Propagandist wie die Politiker in Washington und London.

Was erwarten Sie vom US-Präsidenten?

Wäre Biden ein unabhängiger Denker, ein aufgeklärter Geist und kein Apparatschik, dann würde er echte Realpolitik betreiben. Er würde erkennen, dass ein Dritter Weltkrieg das Ende unserer Welt bedeuten würde, dass Nuklearwaffen und andere Massenvernichtungswaffen die grösste Gefahr für die Menschheit darstellen – mehr als Pandemien oder Klimaveränderungen. Er würde verstehen, dass die Russen und Chinesen auch weiterleben wollen und nicht von der Landkarte verschwinden werden. Man muss also lernen, wie man mit ihnen in Frieden lebt. Warum muss Washington vorweg die Russen und Chinesen zu Feinden erklären und nicht als potentielle Partner betrachten? Ich glaube kaum, dass Biden sich von den eigenen Vorurteilen über Russland befreien kann. Er denkt, Putin sei so etwa ein neuer Stalin – bzw. ein neuer Zar. Das ist Putin aber nicht. Biden folgt einer politischen Linie, die ihm vom «Brookings Institute», von der «Heritage Foundation» usw. vorgeschrieben wird.

Was raten Sie ihm?

Wenn Biden einmal eine kluge amerikanische Politik machen möchte, dann müsste er sich mit den Russen auf einen Modus Vivendi einlassen. Er könnte z. B. Putin nach seinen Vorstellungen zur Abrüstung fragen oder über Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Weltall sprechen, über Ausweitung der Kooperation in der Internationalen Raumstation (ISS), über eine Rückkehr zum «Open Skies Treaty».

Es gibt also durchaus Ansätze, wie das Verhältnis der Grossmächte im Jahr 2022 verbessert werden kann?

Ja, natürlich, durch Entspannung und Abrüstung. Darum sollte die Uno-Abrüstungskonferenz in Genf aktiv werden. Dies muss auf der Basis gegenseitigen Respekts geschehen und im Zusammenhang mit allen relevanten Mechanismen der UNO. Die Haltung der USA, sich als alleiniger Hegemon zu verstehen, stellt natürlich ein gehöriges Hindernis dar. Es geht um die geistige Haltung der amerikanischen «Eliten» und Medien, die nicht so einfach zu verbannen ist, denn wir Amerikaner haben diese Angewohnheit seit Jahrhunderten. Das nennen wir «Exzeptionalismus». Die meisten Amerikaner sind quasi überzeugt, dass sie eine «Mission» haben. Genauso wie die britischen Imperialisten (Queen Victoria, Cecil Rhodes) an «The White Man's Burden» (Rudyard Kipling) glaubten, so glaubt auch die Mehrheit der Amerikaner, dass sie die Wahrheit besitzen und ihre Idee von «Demokratie» und «Menschenrechten» in andere Länder exportieren müsse. Dies ist keine gute Voraussetzung für Gespräche zwischen souveränen Staaten.

Welche Rolle kann dann noch eine NATO haben?

Am liebsten keine, denn ihre Raison d'être gibt es nicht mehr – sie wurde als Gegenpol zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt etabliert. Seit spätestens 1991 ist die NATO obsolet, sucht aber eine neue Aufgabe. Wie jede Organisation, jeder Apparat,

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

will die Nato weiter existieren. So ist sie eine aggressive Allianz geworden und hat dabei grosse Völkerrechts- bzw. Menschenrechtsverletzungen begangen, z. B. in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw. Sie agiert gegen die Nürnberger Prinzipien und gegen das Statut von Rom.

Müssten diese Menschen- und Völkerrechtsverletzungen nicht geahndet werden?

Doch, natürlich! Eigentlich müssten auch NATO-Kriegsverbrechen und NATO-Verbrechen gegen die Menschheit durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) untersucht werden – denn es gibt Verletzungen der Artikel 5, 6, 7, und 8 des Statuts von Rom. Aber träumen wir nicht. Der neue Chefankläger des ICC ist ein Engländer, der bereits gesagt hat, er will die NATO-Verbrechen in Afghanistan nicht untersuchen, obwohl er eine Untersuchung der Verbrechen der Taliban veranlasst hat. Im Prinzip sollte die NATO sang- und klanglos abgeschafft werden. Künftig sollten Sicherheitsfragen allein im UNO-Sicherheitsrat geregelt werden.

Putin hat bereits 2007 von einer europäischen Sicherheitsarchitektur gesprochen. Wäre das eine Grundlage für eine friedlichere Politik in der Welt?

Das war damals richtig und ist umso dringender heute. Diese europäische Sicherheitsarchitektur müsste natürlich zusammen mit der UNO und nicht gegen sie wirken. Eigentlich wollen wir eine Sicherheitsarchitektur für die ganze Welt – und dies bedeutet nukleare Abrüstung und Schluss mit Wettrüsten.

Welche Rolle könnte die OSZE für ein friedliches Zusammenleben in Europa spielen?

Eine sehr positive Rolle. In der OSZE spielen auch Russland und Belarus mit – sie werden nicht vorweg ausgeschlossen.

Vom Westen her wird die OSZE immer etwas stiefmütterlich behandelt, obwohl hier ganz Europa am Tisch sitzt. Warum das?

Nicht nur die alten republikanischen Neo-Cons wie Dick Cheney, George W. Bush, Condoleezza Rice usw. unterschätzten die OSZE – heute möchte im US-House of Representatives, der Republikaner Mike Turner, US-Truppen in die Ukraine entsenden, um dort die «Demokratie» gegen Russland zu verteidigen. Nicht nur die radikalen Neo-Cons denken so – auch Demokraten wie Victoria Nuland (Assistant Secretary of State) und sogar Hillary Clinton halten nichts von der OSZE oder von der EU. Auch die Demokraten wollen nur Befehle erteilen.

Wie muss man verstehen, dass ein Treffen mit der OSZE anberaumt ist, aber nicht mit der EU?

Die EU hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert. Dadurch, dass die EU sich am Maidan-Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch aktiv beteiligte, dadurch, dass sie den «Rechtsstaat» in der Ukraine nicht verteidigte, sondern sich sofort auf die Seite der antidemokratischen Putschisten schlug, hat sie ihre Glaubwürdigkeit und Autorität verloren. Die Art und Weise, wie die EU mit der Ukraine und Polen umgeht, beweist, dass sie an Macht und Gewalt interessiert ist – nicht aber an einem Dialog oder Kompromiss.

Ist die Tatsache, dass Russland der OSZE den Vorrang gibt, ein Affront gegenüber der EU, wie manche Zeitungen kommentieren, oder Ausdruck davon, dass die europäischen Staaten sich letztlich in der Abhängigkeit der USA befinden?

Es ist gar kein Affront, sondern Realpolitik. Seit Jahrzehnten sind die europäischen Staaten Lakaien der USA. Ausserdem führt die EU keine UNO-konforme Politik, unterstützt Aktivitäten, die mit der UNO-Charta unvereinbar sind. Sie betreibt Kriegspropaganda, hetzt gegen Russland und China, duldet aber die Verbrechen der Türkei, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Emirate usw. – verletzt dabei den Artikel 20 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte, der Kriegspropaganda verbietet.



Prof. Dr. Alfred de Zayas (Bild thk)

Das ganze Interview von Prof. Alfred de Zayas unter:

https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-10-januar-2022.html#article_1282

Schwerpunktthema: Ukraine

In diesem Beitrag können nur einige Aspekte des komplexen Kampfes um die Ukraine angesprochen werden. (d. Red.)

Das polnisch-russische Verhältnis nach dem Dreißigjährigen Krieg in Europa

Das mit Litauen seit 1569 vereinigte Polen (seit 1386 bereits in einer Personalunion) als mittel- und osteuropäische Großmacht war eine eigenartige Mischung von föderalem und in Teilen parlamentarischem und konstitutionellem Ständestaat: Nach dem Aussterben der Jagellonen auf dem Thron wurde der polnisch-litauische Staat eine Wahlmonarchie, in dem das Ständeparlament, der Sejm, über umfassende Zuständigkeiten verfügte.

Im Sejm waren die Magnaten – eine in Osteuropa übliche Bezeichnung für adlige Großgrundbesitzer – in überwältigender Mehrheit vertreten, was nach außen wie eine Adelsrepublik wahrgenommen wurde; entsprechend war Korruption und Mißwirtschaft die Folge. In seiner größten Ausdehnung umfaßte der polnisch-litauische Staat *den größten Teil der heutigen Ukraine*, die baltischen Staaten (das Herzogtum Livland und das Herzogtum Kurland); die Donaufürstentümer Moldau mit Bessarabien und die Walachei, ja, selbst das Herzogtum Preußen waren Lehen des polnisch-litauischen Herrschers.

Im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) waren weder Polen (dieses steht im Weiteren für das polnisch-litauischen Königreich) *noch* Rußland direkt involviert. Die aus diesem – auch „Erster Weltkrieg“ genannten – Krieg verstärkt hervorgegangene und neue Ostseemacht Schweden versuchte sich die südliche Ostsee territorial und politisch zu sichern. In dem seit 1655 bis 1661 andauernden Zweiten Nordischen Krieg beteiligten sich neben den Hauptkontrahenten Polen und Schweden fast alle Ostseestaaten, einschließlich zeitweise auch Rußland.

Im Zuge des polnisch-russischen Vertrages von Wilna (auch Vertrag von Niemież genannt) vom 3. November 1656, der den vorangegangenen polnisch-russischen Krieg durch einen *Waffenstillstand* unterbrach, wurde auch über *das Gebiet der heutigen Ukraine* verhandelt: Der Kosaken-Hetman (aus dem deutschen Hauptmann entlehnt, er war nach dem König der zweithöchste Militär) Bohdan Chmelnyzkyi hatte nach einem Befreiungskrieg sich 1648 von Polen unabhängig erklärt. An den Friedensverhandlungen waren die Kosaken allerdings *nicht* beteiligt. Rußland konnte seine Territorialforderungen nicht durchsetzen, befürchtete aber seinerzeit ein schwedische Ostseehegemonie.

Auf Betreiben des französischen Kardinals Jules Mazarins, der eine Schwächung seines Verbündeten aus dem Dreißigjährigen Krieg vermeiden wollte, beendete der Vertrag von Oliva (einem Vorort von Danzig) vom 3. Mai 1660 den Ersten Nordischen Krieg: Der polnische König verzichtete auf seine schwedischen Thronansprüche Schweden behielt die ihm bereits im Westfälischen Frieden zugestandenen Gebiete Livland und Estland. Hingegen mußte Brandenburg Pommern, Schleswig und Holstein aufgeben. Das Herzogtum Preußen wurde souverän; dies gab Friedrich von Brandenburg die Handhabe sich 1701 als König *in* Preußen als Friedrich I. zu krönen.

Der polnisch-russische Krieg um die *heutige Ukraine* (übersetzt: *Grenzland*) ging unvermindert weiter. Der militärische Druck der Kosaken und Krimtataren brachte Polen zum Einlenken. Im Vertrag von Andrussowo mußte es auf Smolensk und Kiew sowie die linksufrige Ukraine (östlich des Dnjepr) zugunsten des Zaren verzichten. Das Gebiet der Saporoger Kosaken wurde ein *Kondominium*, eine gemeinsame Herrschaft beider Staaten. Zudem verpflichteten sich beide zur Verteidigung gegen das Osmanische Reich, einschließlich deren Vasallen, den Krimtataren. Dieser Krieg hatte für Polen nicht nur den Verlust immenser Gebiete, sondern auch den *wirtschaftlichen* Niedergang zur Folge.

Für die heutige Entwicklung der russisch-ukrainischen Auseinandersetzung ist bemerkenswert, daß nach dem Vertrag von Andrussowo vom 30. Januar 1667 *erstmalig* der Name *Ukraine* auftauchte: Mit der Wahl des Hetman Iwan Brjuchowezkyis brauchte man eine Differenzierung zu dem rechts des Dnjepr herrschenden Hetman Pawlo Teterja: Brjuchowezkyis wurde der erste *linksufrige* Hetman der Ukraine. Im Banne des Zarenreiches führte dieser Hetman Kriege gegen Polen und seinen westlichen Rivalen.

Als Wahlkönigtum wurde Polen zusehends ein Spielball in der Zeit der Kabinettsintrigen und -kriege des ausgehenden 17. und des 18. Jahrhunderts: Selbst der Kurfürst von Sachsen, August der Starke, bewarb sich für den polnischen Thron und regierte als August II. in Polen-Litauen: Zwischen 1697 und 1706 und dann wieder zwischen 1709 und 1733. Als König von Sachsen-Polen verbündete sich August gegen den schwedischen Hegemon mit Peter dem Großen und Dänemark im Zweiten Nordischen Krieg.

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Der schwedische König, Karl XII., ein militärische Draufgänger, drang siegreich in Polen ein und unterbrach Augusts polnisches Königtum durch die Erhebung Stanislaus Leszcynskis zum König. Allerdings verlor Karl die Entscheidungsschlacht von Poltawa (8. Juli 1709); in einem abenteuerlichen Zug über Siebenbürgen setzte er sich ins Osmanische Reich ab. Peter der Große eroberte 1710 Livland und Estland, später sogar Finnland. Preußen trat 1715 der Koalition bei und sicherte sich im Frieden von Stockholm (1. Februar 1720) Vorpommern mit Stettin.

Der Frieden von Nystad vom 30. August 1721 beendete den Zweiten Nordischen Krieg mit Rußland: Livland, Estland, Ingermanien und Karelrien wurden von Schweden abgetreten. Rußland stieg damit zur beherrschenden Ostseemacht auf.

Bürgerkriege und religiöse Auseinandersetzungen ließen Polen nicht zur Ruhe kommen. Der russische Expansionsdrang, befeuert auch durch die russische Orthodoxie, führte dazu, daß Polen immer mehr vom Zarenreich abhängig wurde. Katharina II. und Friedrich der Große konnten mit diplomatischen Kniffligkeiten auch Maria Theresia von Österreich von einer Teilung des unregierbaren Landes zu überzeugen: In drei Schritten wurde Polen zwischen 1772 und 1795 unter den drei Reichen aufgeteilt.

Auch wenn die Hoffnungen und Bestrebungen der Polen auf ein eigenes Reich nicht nachließen, so in den napoleonischen Kriegen und in dem sogenannten Kongreßpolen, blieb das ehemalige osteuropäische Reich unter den drei Großreichen aufgeteilt. Und damit verblieb der *vorwiegende Teil des Gebiets der heutigen Ukraine* im russischen Zarenreich. Erst die Pariser Verträge 1919 führten dazu, daß Polen souverän wurde. Auch wenn ein Teil der Westukraine an Polen fiel, verblieb der vorwiegende Teil der Sowjetunion. Erwähnenswert ist, daß letztere an dem Länderschacher der westlichen Alliierte in Paris nicht beteiligt wurde.

Die Sowjetunion und das Recht auf Selbstbestimmung

Durch die Oktoberrevolution vom 7./8. November (so benannt nach dem 25./26. Oktober nach dem russisch-orthodoxen Kalender) versuchte Lenin, entsprechend den sogenannten Aprilthesen, seine Idee eines russischen *Sonderfriedens* zu verwirklichen (Erdmann, S. 215). Eine Weiterführung des Krieges war angesichts der sich aufgelösten russischen Armee einerseits und den Verlusten der Mittelmächte im Westen andererseits kaum denkbar. Dieses *nationale Selbstbestimmungsrecht*, das auch in den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zugestanden wurde, strebten die Randvölker Rußlands, Polen, Litauer, Esten und Finnen ihre Unabhängigkeit an.

Praktisch verstanden die Vertragsparteien in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk unter nationaler Selbstbestimmung etwas anderes, dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Erdmann (S. 216) weiter:

„In der Theorie Lenins wie Stalins, des Volkskommissars für Nationalitäten, war das Recht auf Selbstbestimmung bis zur äußersten Konsequenz, bis zum Recht auf Sezession geführt worden [Erdmann rekurriert hier auf die Leninschen Werksausgaben]. So sprach auch die Deklaration der Rechte der Völker Rußlands durch den Rat der Volkskommissare vom 15. November 1917 (2. November) vom »Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, die bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates gehen kann«“

Fortsetzung auf S. 9



Fortsetzung von S. 8

Allerdings stießen die Sowjets schnell an ihre theoretische Grenzen:

„Am 12. Mai 1917 (29. April) hatte auf Antrag Stalins der Allrussische Parteikongreß folgende Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts beschlossen: »Die Frage des Rechts der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig gelöst werden, und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus«“ (Erdmann, S. 216, Rekurs auf G. Decker: *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*).

Diese Position der sowjetische Führung sollte sich angesichts der auseinanderdriftenden neuen Staaten – insbesondere der Ukraine, die sich 1917 unabhängig vom zerfallenen Zarenreich erklärte – schon sehr bald ändern. War Stalin noch anfangs auf dieser Leninschen Linie, kam die Parteiräson der Bolschewiki schon bald zum Tragen. Leidtragende der sowjetischen Nichtbeachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechts waren insbesondere die Ukraine und die baltischen Staaten: Litauen, Estland und Lettland.

Die Ukraine („Grenzland“) war ursprünglich ein Bestandteil des Warägerstaates von Kiew; nach dessen Zerstörung durch die Tataren 1240 wurde auch diese Region unterworfen, kam aber bereits im 14. Jahrhundert an Polen-Litauen, den Großstaat im östlichen Europa. Dieser war auf Dauer nicht im Stande das Territorium der *jetzigen Ukraine* gegen die Streifzüge der Krimtataren zu schützen. Als Reaktion bildete sich dort die Gemeinschaft der Saporoger Kosaken, die unter einem Hetman, einem mehr oder weniger autonomen militärischen Kommandanten, der sich nur sporadisch dem sich konsequent territorial ausdehnendem Zarenreich in Moskau unterwarf.

Im Jahre 1648 erkämpften sich die *Ruthenen* (im Habsburgerreich wurden die Ukrainer so bezeichnet) der *Ostukraine* (einschließlich Kiews) ihre Unabhängigkeit von Polen. Bereits 1654 mußte sich dieser Staat dem Schutz des russischen Zaren unterwerfen, der dann im Zuge der drei polnischen Teilungen sein Reich in Richtung Westen ausweitete und auch die Westukraine, mit der Ausnahme Galiziens, das an das Habsburgerreich fiel, sich angliederte.

Nach dem Zusammenbruch der russischen Ostfront wurde im Frieden von Brest-Litowsk die Ukraine aus der nun entstandenen Sowjetunion abgetrennt. Im Rahmen des sowjetischen Bürgerkriegs und dem Rückzug der Mittelmächte aus Osteuropa wurde die Ukraine erneut von Moskau einverleibt. Somit ist die *neue Ukraine* eine Zangengeburt der Mittelmächte.

Literatur

Karl Dieter Erdmann: *Der Erste Weltkrieg*, 9. Aufl., München 1980.

Britta Böhme: „Grenzland zwischen Mythos und Realität – Real- und Ideengeschichte des ukrainischen Territoriums“ *Berliner Debatte Wiss.-Verlag, Berlin 1999.*

Mit heißer Nadel gestrickt: Das Budapester Memorandum 1994

Nach der Implosion der Sowjetunion war man im Westen – USA, die EU und Kanada – zunächst darüber erleichtert, daß der „kalte“ Krieg zu keinem heißen wurde: Verkürzt kann man sagen, daß dies in hohem Maße an der Schlußakte von Helsinki, am 1. August 1975 von den oben genannten sowie den neutralen Staaten Europas unterschrieben, lag. Vier Jahre später, am 18. Juni 1979 unterzeichneten die USA und die Sowjetunion den SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der atomaren Trägersysteme.

In dem sogenannten *Budapester Memorandum* vom 5. Dezember 1994 wurde im ersten Artikel festgehalten, daß im Gegenzug zu der *atomaren Abrüstung* Weißrußlands, der Ukraine und Kasachstans, die Signatarstaaten, Rußland, die USA und Großbritannien die *Souveränität* und die bestehenden Grenzen der drei ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken garantieren würden. Hierbei wurde ausdrücklich auf die KSZE-Schlußakte verwiesen.

Fortsetzung auf S. 10



Fortsetzung von S. 9

Nach dem Rückzug der Sowjetunion aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes war die Angst weltweit groß, daß durch die drei genannten Staaten, die nicht Unterzeichner der SALT-Vereinbarung waren, Atomwaffen in falsche Hände geraten könnten: Diese Nuklearwaffen lagerten auf den Gebieten der ehemaligen Sowjetrepubliken und wurden von den politischen Ereignissen überholt.

Für die derzeitige Situation des Ukrainekrieges ist auch der Artikel 2 des Memorandums wichtig, denn er verpflichtet die Unterzeichner zur Gewaltenthaltung gegen die drei Staaten und verweist auf UN-Charta. Der Artikel 3 verpflichtet – mit erneuten Verweis auf die Schlußakte – die Unterzeichner zur Enthaltung der Ausübung von ökonomischem Zwang (coercion) *speziell* gegen die Ukraine zu vermeiden. Und Artikel 4 gesteht der Ukraine *expressis verbis* sogar Unterstützung im Falle einer nuklearen Bedrohung zu.

Das Memorandum war die *Vorbedingung* für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages und des Atomstoppvertrages, denn die Ukraine war nach der Auflösung der Sowjetunion drittgrößte Nuklearmacht geworden. Erst nach der Rückführung sämtlicher sowjetischer Atomwaffen nach Rußland, dem Nachfolgestaat der Sowjetunion konnten diese

Verträge unterschrieben werden.



Auch wenn das Budapester Memorandum noch von China und Frankreich unterzeichnet wurden, diese gaben der Ukraine ebenfalls Sicherгарantien ab, und bei der UN als völkerrechtlicher Vertrag hinterlegt wurde, blieben erhebliche Zweifel an dessen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, denn Memoranden sind Willenserklärungen ohne Bindungscharakter. Offensichtlich war das Memorandum der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich gerade noch einigen konnte, und wird die postkriegserischen Friedensverhandlungen und die Völkerrechtler noch weiterhin beschäftigen.

(Bild links: „Der zum Kriegsherrn avancierte Regierungschef Putin—links—soll nach dem Willen Jelzins der nächste Kremldchef werden“, FAZ, 18. Dez. 199, S. 8)

Vor zwanzig Jahren: Zwischen Kooperation und Konfrontation - Rußland und der Westen im Kaukasus und in Zentralasien

Der Politikwissenschaftler Arnulf Baring stellte sich bereits 2002 die Frage: *Welche Interessen verbinden Rußland und den Westen?* (siehe Artikel: *Ein gemeinsamer Feind reicht nicht aus. Welche Interessen verbinden Rußland und den Westen? Politik aus Zeitschriften*, FAZ, 19. November 2002, S. 7).

Wladimir Putin hat „mehrfach betont, Rußland sei eine europäische Macht und suche den ihm zustehenden Platz in den europäischen Institutionen“ (Baring aus: *Internationale Politik*) – Klinkt ähnlich wie bei Bernhard von Bülow, der für das Wilhelminische Reich einen „Platz an der Sonne“ suchte und reklamierte.

Fortsetzung auf S. 11

Fortsetzung von S. 10

Baring zitiert aus der Vierteljahresschrift *Internationalen Politik und Gesellschaft*:

„Moskau habe sich von seinen großen außenpolitischen Ambitionen verabschiedet und akzeptiere jetzt bewußt eine Juniorrolle. »Nach innen verfolgt das Regime des Wladimir Putin einen Kurs autoritärer Modernisierung petrinischer Qualität, der einerseits den demokratischen Pluralismus der öffentlichen Meinung gleichschaltet, andererseits aber den ökonomischen Pluralismus des Marktes entfaltet; und nach außen betreibt es nunmehr eine mutige Öffnung . . .“

Wohl bemerkt: Wir navigieren im Jahr 2002! Das Oktoberheft der *Internationale Politik* sieht in Putin „einen berechenbaren Akteur“; es kommen auch kritische Fragen zur Sprache, aber: „Aus der Sicht des Kreml schlug die amerikanische Führung anhaltende Warnungen Moskaus vor dem 11. September lange in den Wind“. Dieser „gemeinsame“, islamistische Feind macht Kooperation zu einem Muß.

Hat aber diese Zusammenarbeit nicht auch ihre Tücken, wenn so die *Internationale Politik* weiter, »wenn die Kritik an den Verletzungen der Menschenrechte in Tschetschenien und an Mängeln im Rechtssystem Rußlands auf dem Altar der Koalition gegen den Terror geopfert würden«?

Haben aber Rußland und der Westen über die gemeinsame Bekämpfung des islamistischen Terrors noch gemeinsame Interessen? So spricht Baring, rekurriert dabei auf die *SWP-Studie 20/2002*, über Rußlands Südflanke – den Kaukasus und Zentralasien – von dem „»nicht mehr prosowjetischen Raum«“. Die Studie folgert, »daß Moskau einem Ausbau des strategischen Einflusses der USA im Falle des Kaukasus ablehnender gegenüberstehe als im Falle Zentralasiens«.

Auch wenn letztere Region, bis auf Tadschikistan abgesehen, friedlicher scheine, gibt es hier kein »Ende der demokratischen Eiszeit in Zentralasien« auch wenn diese Region zu den ältesten – von der Route der großen Seidenstraße durchlaufenen Kulturregionen der Menschheit gehört – ist sie mangels ausstehender Reformen nach wie vor als ein potentieller Krisenherd: Dies gilt auch noch zwanzig Jahre später.

Dies sollte sich um die Jahrtausendwende, wie die Interventionen in Tschetschenien (1994, 1999 - 2009) über Georgien (2008), und neulich in Kasachstan bewahrheiten. Nicht unerwähnt dürfen diese amerikanischen militärischen, politischen und ökonomischen Aktivitäten, insbesondere im Kaukasus, die im Kreml für die eine oder andere Sorgenfalte sorgten, bleiben. Für beide Kontrahenten waren diese Aktionen – neben dem politischen Einfluß ging es hier auch um die immensen Öl- und Gasreserven der Region – Blaupausen für die russische Einflußnahme in der Ukraine.

„Politische Analysen für sich allein vermitteln kaum ein anschauliches Bild der zentralasiatischen Region“, so Arnulf Baring weiter, läßt er einen Repräsentanten der Region, den Lyriker, Schriftsteller aber auch Unternehmer, den Kirgisen Scherboto Tokombajew zu Wort kommen (zit. aus dem *Lettre*, Nr. 58): Auf diesem historischen Boden Kirgisistans,

„»unter dessen Dach etwa hundert Stämme und Völker zusammenlebten, innerhalb dessen es tadschikische und usbekische Enklaven gab und Dörfer und Siedlungen von Kasachen, Deutschen, Ukrainern, Weißrussen, Griechen, Tschetschenen und Kurden,«“

gab, ist bei jeder Intervention von außen politisches *Fingerspitzengefühl* gefragt.

Diese späteren Entwicklungen erahnend, stellt Baring die Frage einer möglichen Stabilisierung und Befriedung der Region durch die europäische OSZE; hierbei zitiert er aus einer weiteren Skizze der *SWP-Studie 33/2002*:

„»Zentralasien ist eine Region, die nicht nur von sowjetischer Herrschaft, sondern wesentlich von vorsowjetischen Strukturen und islamischen Traditionen geprägt ist. Darauf sollte die OSZE in ihrer Arbeit Rücksicht nehmen. Sie sollte nicht einfach europäische Prinzipien und Verfahren auf Zentralasien übertragen, sondern sich mit den außereuropäischen historisch-kulturellen Bedingungen dieser Region vertraut machen und intensiv auseinandersetzen. Im Dialog sollte sie stets . . . Transformation und Tradition miteinander vereinen und nicht entzweien.«“

An diesen Vorgaben müssen sich neben der OSZE die Amerikaner und Russen gleichermaßen in ihrem Ukraine-Einsatz halten: Auch ein *Emotionsjournalismus* wie z. B. von Katrin Eigendorf, der Antonia Rados des ZDF, sind stets zu hinterfragen.

Fortsetzung auf S. 12

Rußland und die NATO Anfang des 21. Jahrhunderts

Nach der Präsidentschaft Boris Jelzins war durch den sozialen und finanziellen Niedergang Rußlands eine aktive Außenpolitik fast undenkbar: Die politische und militärische Führungselite unter Putin,

„welche die Verdrängung Rußlands aus traditionellen geostrategischen Interessengebieten und Einflußzonen befürchtet, wird kaum Verständnis dafür aufbringen, daß die Nato nach dem Verschwinden des Warschauer Paktes fortbesteht, sich neue Aufgaben stellt und sogar ins strategische Vorfeld Moskaus expandieren will“, schrieb Horst Bacia („Auftauen mit kaltem Wasser. Das Verhältnis zwischen Rußland und der Nato auf dem Wege der Besserung“, FAZ, 21. Februar 2001, S.16).

Dies war Stand 2001. Die Frage ist: Welche Wahl hatte die russische Außenpolitik nach 1990? Bacia sieht es etwas einseitig aus der Perspektive des westlichen Bündnisses, dieses hätte „sich redlich bemüht, die bittere Pille der Osterweiterung zu versüßen“. Gerade aber diese Medizin hat in den letzten Jahren in der Frage der Ukraine für erhebliche Irritationen und Befindlichkeiten gesorgt. Bacia weiter:

„Die 1997 ausgehandelte Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit enthält das Versprechen, »im euro-atlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden auf der Grundlage der Prinzipien der Demokratie und der Kooperativen Sicherheit zu schaffen«. Als ständiges Gremium für regelmäßige Konsultationen gibt es seither im Brüsseler Hauptquartier der Allianz den Nato-Rußland-Rat“.

Rußland wertete diese „Grundakte, insbesondere die einseitige Verpflichtung der NATO, in den neuen Mitgliedsstaaten keine Atomwaffen und keine fremden Truppen zu stationieren, vor allem als Kompensation für die Ost-Erweiterung“. Auch wenn Rußland für eine enge Zusammenarbeit wenig Interesse zeigte, wurden bereits im Krieg um das Kosovo dennoch eine rote Linie überschritten. Unter Vermittlung Moskaus lenkte das Miloševićs-Regime ein und es kam zu einer gewissen Entspannung: Das in der Grundakte vereinbarte Informationszentrum der NATO wurde in der belgischen Botschaft in Moskau eingerichtet.

Dennoch stellte Putin in einer Januar 2001 gehaltenen Rede fest: Auch wenn er für die Normalisierung der »komplexen« Beziehungen zur Allianz plädierte, meint er – „im Geiste der Offenheit“ – in dieser *Grundsatzrede* im Außenministerium:

„Ich möchte unterstreichen, daß dies im Interesse unseres Staates liegt. Dennoch betrachten wir die Ausdehnung der Nato als Fehler und erklären in unserem Dialog mit dem Bündnis offen, daß wir sie im Prinzip ablehnen“, so die FAZ 2001.

Eine angedachte gemeinsame Raketenabwehr werde man prüfen, so der russische Verteidigungsminister Sergejew (Juni und Dezember 2000 in Brüssel). Offenbar wollte Moskau „eine mit dem ABM-Vertrag vereinbarte Alternative zu den amerikanischen Plänen für eine nationale (möglicherweise auf die Verbündeten ausgedehnte) Raketenabwehr ins Gespräch bringen“. – Ob dieser Gegenvorschlag ein Ablenkungsmanöver zur Verhinderung der US-Pläne war, sei dahingestellt.

Die dem damaligen deutschen Außenminister Fischer gemachte „Zusicherung eines »konstruktiven« Verhaltens“, steht allerdings im Widerspruch mit einer späteren Äußerung Sergejews, der mit militärischen *Gegenmaßnahmen* drohte und vor einem »Wettrüsten« warnte; auch „die Aufnahme der drei baltischen Republiken oder anderer früher zur Sowjetunion gehörender Staaten in die NATO werde den Abrüstungsvertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) »zerstören“.

In den letzten zwanzig Jahren ging die Osterweiterung der NATO munter weiter, und parallel dazu schritt die EU-Integration voran, ohne dabei die russischen Befindlichkeiten und Sorgen zu berücksichtigen. Dieser vorangetriebene Integrationsprozeß lag auch an den Staaten des ehemaligen Ostblocks selbst: Die Erinnerungen an das verstrichene 19. Jahrhundert hatten tiefgreifende Ressentiments gegen das euroasiatische Großreich hinterlassen . . .

Der Westen, insbesondere die EU, hat die Ukraine, wie weiland die Mittelmächte 1917, als Kornkammer und verlängerte Werkbank benutzt. Zudem hat man sich in der Energieversorgung, insbesondere die Bundesrepublik vom russischen Gas und Öl in Abhängigkeit gebracht: Der Turbokapitalismus der EU-Staaten läßt grüßen . . .

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

„Memel unter deutschem Schutz“

Im Zuge des Aufmarsches der Rußland an den Pelz herangewachsenen NATO ist die BRD-Bundeswehr neuerdings in Richtung Ostpreußen unterwegs. Zur See wurden Ende Februar zwei deutsche Kriegsschiffe als Teil von Verbänden des US-geführten Militärbündnisses in Richtung Ostsee abkommandiert und dürften hier u. a. vor der Küste des Königsberger Gebiets zum Einsatz kommen. Ergänzend soll das formal nicht der NATO unterstellte, aber natürlich faktisch für diese operierende Flottendienstboot *Alster* das russische Militär von Königsberg bis St. Petersburg ausspionieren. Zu Land will die BRD neben einer Verstärkung der von der Bundeswehr geführten NATO-Kampfgruppe im weiter östlich gelegenen altlitauischen Rukla um zunächst über 360 weitere Soldatinnen und Soldaten sowie zusätzliches Gerät eine weiterentwickelte Variante von Leichten Flugabwehrsystemen des Typs Ozelot nach Litauen verlegen, mit denen Stinger-Raketen auf Ziele in einer Entfernung von bis zu rund sechs Kilometern verschossen werden können. Ein zweiter NATO-Kampfverband unter bundesdeutscher Leitung wird darüberhinaus zur Zeit in der Slowakei aufgestellt. Zusätzlich ist bemerkenswerterweise die Entsendung einer BRD-Marineschutzkompanie ins ostpreußische Memel geplant – so schnell gerät in der bewegten Gegenwart also selbst ein Teil Ostpreußens wieder „unter deutschen Schutz“!

Thomas W. Wyrwoll



Bundeswehr-Waffenträger Ozelot auf dem Raketenschießplatz Stolpmünde / Hinterpommern im Rahmen der NATO-Übung TOBRUQ LEGACY 2019. (Foto: Alexander Feja / Bundeswehr)

Deutsche Volksgruppe in der Ukraine

Die deutsche Besiedlung erfolgte in einem ununterbrochenen Vorgang vom 12. bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts. Sie wurde erst durch die Einfälle der Tataren (12. Jahrhundert), Mongolen (1241) und der Hussiten (1425) unterbrochen. Die Spuren dieser frühen Besiedlungswellen sind noch in Orts- und Familiennamen erhalten. Dreimal riefen auch die Habsburger zu umfangreichen Ansiedlungen auf, die als die Karolinische unter Karl VI. mit 60.000 Kolonisten vornehmlich aus Schwaben, Franken, Hessen und der Pfalz, die (Maria-)Theresianische und die Josephinische Ansiedlungswelle unter Josef II. in die Geschichte eingingen. Die Siedler erhielten Steuerfreiheit, Baumaterial für ihre Häuser, die sie nach eigenen Entwürfen bauten und ihren Kindern vererben durften, und die Freiheit, Pfarrer, Lehrer und Hebammen zu bestimmen. Diese günstigen Bedingungen sicherten Wachstum und Wohlstand der Bevölkerung, was auch vereinzelt Deutsche aus Galizien, der Bukowina, aus der Zips und aus Österreich anlockte.

Im 20. Jahrhundert brachen Mord, Entrechtung und Vertreibung über die Volksgruppe herein. Schon die Wirren unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg haben viel zerstört. Dann kam der Holodomor 1932/33, der in der Ukraine etwa 5 Millionen Hungertote forderte. Die entscheidend katastrophale Aktion war der Stalin-Ukas von August 1941, mit dem alle Deutschen in den Fernen Osten, v. a. nach Kasachstan und in andere Gebiete östlich des Ural, umgehend zwangsverbracht wurden – meist noch mit Zerreißung der Familien und Sippen. Nur wenige entkamen dem Stalinistischen Terror; Verschleppung, Zwangsarbeit, Folterungen und Gewaltverbrechen aller Art standen auf der Tagesordnung, nur, weil sie Deutsche waren. Die wenigen Überlebenden, die nicht vertrieben wurden, mußten erleben, wie das jahrhundertlang Aufgebaute enteignet und sie ihrer Bildungs- und Berufsmöglichkeiten beraubt wurden. Und doch haben viele ihr kulturelles Überleben geschafft, so gibt es in dem sehr großen Gebiet der Ukraine mit einer ehemals vielfältigen deutschen Volksgruppe trotz aller Verfolgungen derzeit etwa 100 deutsche Vereine mit unterschiedlichen Bezeichnungen. Durch die furchtbaren Ereignisse der beiden Weltkriege, der sowjetischen Zeit zwischen, während und nach dem 2. Weltkrieg ist die Lage außerordentlich unterschiedlich.

Neben ganz kleinen Gruppen von Personen, die all die Terrorjahre daheim überlebt hatten, gibt es vor allem deutschstämmige Familien aus den Verbannungsgebieten, oft Kasachstan. Viele von ihnen hoffen auf eine Möglichkeit, ins deutsche Mutterland auswandern zu können. Derzeit existiert ein deutscher Dachverband, das Ukrainisch-Deutsche Forum in Kiew und Odessa. Äußerst nützliche Arbeit leistet die gtz, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die in Munkatsch/Munkacewo, Czernowitz und Königsfeld/Ust Corna mit Deutsch-Mokra/Komsomolsk tätig ist. Die Österreichische Landsmannschaft, das Soziale Friedenswerk und andere Organisationen, auch aus seinerzeitigen österreichischen Herkunftsgebieten (v. a. Salzkammergut) leisten zusätzlich wertvolle Arbeit.

Zu all dem gibt es einiges an Literatur, oft in Verbindung mit dem reichhaltigen Schrifttum zu der Geschichte der Russlanddeutschen.

Quelle: ÖLM-Seite: <https://www.oelm.at/deutsche-volksgruppen/ukraine/>

Fasbender, Thomas: Wladimir W. Putin

Eine politische Biographie.

Hardcover, Fadenheftung, mit Leseband, 566 Seiten, 21,6 x 13,8 cm, 846 gr, in deutscher Sprache.

2022, Landverlag. ISBN: 978-3-948075-36-1

30,00 EUR

Die erste Putin-Biographie eines deutschen Autors seit mehr als zwei Jahrzehnten – weder pro noch contra, weder Anklage noch Verteidigung. Stattdessen eine klassische Biographie, gut lesbar erzähltes Leben. Der Großvater: Lenins Leibkoch in den Jahren nach der Revolution. Die Eltern: einfache Leute im zerschossenen Leningrad der Nachkriegszeit. Der Sohn: ein KGB-Offizier, den der Weltgeist aus obskurer DDR-Provinz ins höchste Staatsamt spült. Zahllos sind die Narrative und Deutungen, die sein Wirken begleiten. Aber haben sie das Rätsel gelöst? Wer ist der Mann, der Russland auf einen eigenen Weg gebracht hat? Der dem Selbstverständnis der Westeuropäer in die Parade fährt? Thomas Fasbender ist kein Verehrer und kein Verächter, er blendet nichts aus, nicht die Vorwürfe, nicht die Anschuldigungen, nicht die fundamentale Kritik. So wird die Biographie zum Spiegel des epochalen Konflikts, der mit Putins politischem Werdegang in eins fällt, und zum Porträt Russlands im Aufgang einer neuen Zeit.

Thomas Fasbender, Jahrgang 1957, aufgewachsen in Hamburg, gelernter Kaufmann und Journalist, Dr. phil., ist 1992 für einen internationalen Konzern nach Moskau gezogen. Aus Abenteuerlust, ein Sprung ins kalte Wasser: Kulturschock, Abwicklung altsowjetischer Joint Ventures, Überleben zwischen Inflation, Mafia, Korruption und Chaos. Vom ersten Tag an hat es gefunkt; er ist geblieben. Ab 2000 als Teilhaber einer Spinnerei und Weberei an der Wolga, später als Gründer und Chef eines Moskauer Unternehmens für Fuhrparkverwaltung. Um 2010 erwacht dann die Liebe zum Schreiben. 2014 erschien "Freiheit statt Demokratie. Russlands Weg und die Illusionen des Westens", 2016 der Roman "Kinderlieb". Seit 2015 lebt Fasbender als Journalist und Autor in Berlin.

Dohnanyi, Klaus von: Nationale Interessen.

Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. SPIEGEL-Bestseller.

Gebunden, 240 Seiten, 14,4 x 22,1 cm, 361 gr, in deutscher Sprache.

2022, Siedler. ISBN: 978-3-8275-0154-7

22,00 EUR

Zeitenwende in der Weltpolitik: Was für Deutschland auf dem Spiel steht. In einer Welt des rapiden machtpolitischen und technologischen Wandels müssen sich Deutschland und Europa strategisch neu orientieren: Im Wettkampf zwischen den USA und China gerät Europa bereits zwischen die Fronten. Und dies wird auch unser Verhältnis zu Russland verändern müssen. Jetzt ist ein nüchterner, illusionsloser Blick auf die neuen Realitäten notwendig, wie Klaus von Dohnanyi zeigt: Auf »Wertegemeinschaften« oder »Freundschaften« können wir nicht vertrauen, Deutschland und Europa müssen vielmehr offen ihre eigenen, wohl verstandenen Interessen formulieren und mit Realismus verfolgen. So fordert von Dohnanyi in seinem Buch grundsätzliche Kurskorrekturen – im Bereich der äußeren Sicherheit ebenso wie in der Industriepolitik, weg von einseitigen Abhängigkeiten, hin zu einer Politik der Eigenverantwortung. Ein ebenso provokantes wie anregendes Buch - von einer der herausragenden politischen Persönlichkeiten unserer Gegenwart.

Autor:

Klaus von Dohnanyi, geboren 1928, gehört seit 1957 der SPD an. Der promovierte Jurist hatte zahlreiche politische Ämter inne, er war u.a. Bundeswissenschaftsminister, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Bis heute hat er zahlreiche ehrenamtliche Aufgaben inne und greift mit seinen differenzierten Ansichten und Meinungen immer wieder in die intellektuellen Debatten Deutschlands ein.

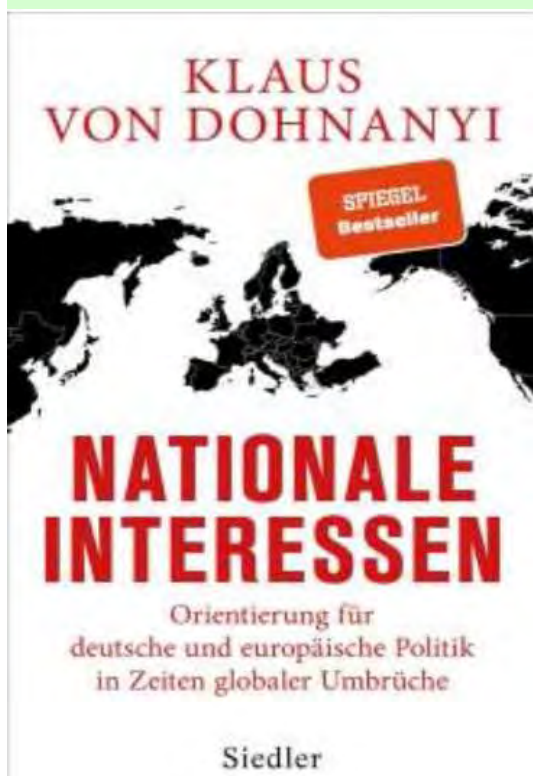
THOMAS FASBENDER

WLADIMIR W. PUTIN

Eine politische Biographie

Schon seine Vita kommt in mindestens zwei Tonlagen. Da ist der schwächliche KGB-Offizier mit dem schütterten Haar, diszipliniert, konzentriert und nur mäßig erfolgreich, irgendwann vom Mantel der Geschichte erfasst, umhüllt und in höchste Ämter getragen. Und da ist der Entschlossene, der von Jugend an für Staat und Staatssicherheit brennt, vielleicht schon früh als Kundschafter in Bonn, in Dresden als Führungsoffizier westeuropäischer Terroristen, 1990 in die Organe des jungen, zum Erfolg verdamnten neuen Russland lanciert, in Siebenmeilenstiefeln ins höchste Staatsamt, autoritärer Vollstrecker des Andropowschen Traums von einem effizienten, produktiven und nach außen und innen mächtigen KGB-Staat.

LANDT
MANUSCRIPTUM



„Kremlherrscher und Kanzlerfreund: Der russische Präsident wird im »Schröder-Deutschland« oft zu positiv beurteilt“

Beide von Werner Adam vorgestellten Bücher von Anna Politkovskaja und Gernot Eler (Rezension unter dem oben angeführten Titel in der FAZ 30. Juni 2005, S. 8), sind „Zwei Bücher, ein Thema, null Gleichklang.“

Anna Politkovskaja, eine der schärfsten Anklägerinnen Putins an dessen Vorgehen im ersten Tschetschenienkrieg

„und damit als Kritikerin jenes Mannes bekannt, dem nicht zuletzt dieser Krieg im Jahre 2000 zum Amt des Präsidenten verhalf, stellt gleich zu Anfang klar, welche Absicht sie mit ihrem Buch verfolgt: dem »gegenwärtigen Schröder-Deutschland« ins Gewissen zu reden, es mit der Freundschaft zu Putin nicht zu weit zu treiben“.

Die Autorin geht u. a. auf den Aufstieg und Fall des in diesen beiden Kriegen hochdekorierten Oberst Jurj Budanow ein, der wegen der Entführung und Ermordung einer Tschetschenin zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, nachdem es ursprünglich zu einem Freispruch gekommen war. Politkovskaja sieht hier eine »Kontinuität«, denn die gleiche Psychologin Tatjana Petschernikowa, die 25 Jahre früher den Dissidenten Alexander Ginsburg begutachtete, gab ihr Attest auch im Falle Budanow ab.

Der Rezensent findet dann Vergleiche betreffend Putin als fragwürdig:

„So stellt sie den russischen Präsidenten einerseits in die Reihe allmächtiger früherer Sowjetführer, unterstellt ihm aber zugleich eine bestenfalls »provinzielle Weltanschauung« und mißt ihm schließlich nicht mehr als die Rolle des kleinen Beamten Akaki Akakijewitsch aus Gogols »Der Mantel« zu“.

Anna Politkovskaja, 1958 in New York geboren, kam unter tragischen Umständen am 7. Oktober 2006 im Aufzug ihres Hauses ums Leben: Der Mord schlug seinerzeit in Rußland und weltweit hohe Wellen . . .

Das Gegengewicht zur faktenreichen Journalistin hält Gernot Eler, einer der bekanntesten SPD-Außenpolitiker, Kenner Rußlands und Südosteuropas, mit einer fundierten Analyse des Wladimir Putin, dessen

„»Sehnsucht richtet sich auf die Macht und den Einfluß der Sowjetunion im nationalen Sinne. Gegen den Charme des Kommunismus als ihrer ideologischen Grundlage ist der Kreml-Chef immun. Aber diese aus Sowjetnostalgie gespeiste Nationalideologie der raumgreifenden Stärke Rußlands behindert tatsächlich eine Abgrenzung des Gestern vom Heute und legt der Modernisierung des Landes Steine in den Weg“.

Die Zivilgesellschaft des riesigen Reiches ist gekennzeichnet durch die Brutalität der Kriege um Tschetschenien und dem kürzlich vom Kreml durchgeboxten „Yukos-Drama“; dieses war „für Putin ein »verlorenes Spiel«“. Als solches ordnet der Autor auch

„den Ausgang der von ihm tagebuchartig nachgezeichneten »Orangen Revolution« in der Ukraine ein“.

Werner Adam weiter:

„Vorerst weniger begründet mutet hingegen seine [Elers] Erwartung an, daß Rußland nun gar nicht mehr anders könne, »als seine gesamte Politik und seine Interessen im postsowjetischen Raum gründlich zu überprüfen“.

Fazit beider Bücher: Während Politkovskaja behauptet, daß das »Schröder-Deutschland« keinen Anstoß an der Politik Putins nehme, hält Eler mit einem ganzen Katalog von Forderungen bereit:

„Teilautonomie für Tschetschenien; Aufgabe des Anspruchs, russische Interessen im »nahen Ausland« mit Drohungen und Druckmittel durchzusetzen; kritische Aufarbeitung der gesamten Sowjetzeit; das westliche Muster der Demokratie zur Richtschnur für die politische und gesellschaftliche Entwicklung Rußlands zu nehmen“.

Was diese Punkte betrifft, hofft Eler dann allerdings „auf »eine neue Generation« in der russischen Führung.

Anna Politkovskaja: *In Putins Rußland*, Köln 2005.

Gernot Eler: *Rußland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung*, Freiburg 2005.

Herbert Karl

VAdM—Reiseziel:



Eine Reise wert: Visegrád

Die sogenannte Visegrád-Gruppe – Ungarn, Tschechische Republik, Polen und die Slowakei umfassend – ist jedem politisch Interessierten ein Begriff: Sie versucht, ihre Gegenstimme gegen das EU-Tandem Frankreich-Deutschland zu erheben.

Am Donauknie – etwa 40 Kilometer nördlich von Budapest – macht die gemächlich nach Osten fließende Donau einen scharfen Rechtsbogen in südliche Richtung, der weithin sichtbare imposante Kegel des Sibirik (ca. 175 m über der Donau hoch) war wegen seiner strategischen Bedeutung politisch und militärisch immer heiß umkämpft.

Bereits die Römer bauten hier ein Limes-Kastell im Abwehrkampf des Reiches während der Völkerwanderung. Von den slawischen Siedlern, die hier nach den Römern siedelten, stammt der Name Visegrád (hoher Berg), einen Namen den auch die Madjaren, gegen ihre sonstige Angewohnheit der Madjarisierung beibehielten.

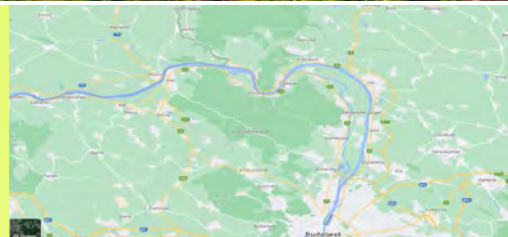
Karl Robert aus dem Hause Anjou, regierte als Karl I. das Königreich Ungarn zwischen 1308 bis 1342; dieses dehnte sich von der nördlichen Adria bis an die Karpaten aus. Von Temeswar (Hauptstadt des Banats, heute Rumänien) verlegte Karl Robert 1316 (1325) die ungarische Residenz nach Visegrád. Hier fand 1335 das Treffen zwischen Kasimir III. von Polen und Johann von Luxemburg, dem König von Böhmen, statt. Dabei wurde der *Tausch Schlesiens gegen Masowien* beschlossen und es kam zu einer langanhaltenden Symbiose der drei mitteleuropäischen Reiche: Ungarn, Polen und Böhmen.

Karl Robert brachte mediterrane Lebens- und florentinische Bauweise aus seiner Heimat mit; unter ihm wurde nach florentinischem Vorbild der erste Goldforint geprägt. Sein Sohn, König Ludwig der Große, verlegte die Hauptstadt nach Ofen (Buda), behielt aber Visegrád als Sommerresidenz weiter: Der Königspalast wurde entsprechend immer mehr ausgebaut.

Unter König Mathias Corvinus und seinen Nachfolgern erlebte der Königspalast eine wahre Blütezeit: Im Stil der Renaissance wurde der Palast ausgebaut und zu einem europäischen Kulturzentrum. Unter der Türkenherrschaft verfiel der Palast, und im Zuge der habsburgischen Eroberung wurde 1702 die obere Burg gesprengt. Die Ausgrabungen am Königspalast (einst über 300 Zimmer), erst 1934 begonnen, sind noch im vollen Gange.

Die Photos aus 1998 (Privatbesitz) zeigen den Blick von Gran (Esztergom) auf die Visegrád-Berge und den Blick von der Oberen Burg auf das Donauknie.

Herbert Karl



HOH(L)SPIEGEL:

„Der Februar-Kurier war diesmal sehr informativ und vielseitig; hatte richtig Spaß beim Lesen“

schrieb TW aus Hessen

HK

Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de